



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Elke Kessel
E-mail: elke.kessel@wiesbaden.de

Wiesbaden, 30.08.2007

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales
am Mittwoch, 05. September 2007, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 13.06.2007
2. **07-A-16-0002**
Eingaben von sozialen Einrichtungen und Institutionen

Wiedervorlage aus vergangenen Sitzungen :

3. **07-F-25-0019** ANLAGE
Prävention - Mobilität im stationären Altenpflegebereich
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 21.02.2007
4. **07-F-25-0032** ANLAGE
Familienfreundliches Wiesbaden I - Das Modell Mehrgenerationenhaus
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 07.03.2007 -

5. **07-F-25-0043** ANLAGE

Beitritt zum europäischen Städtenetzwerk "Cities for Children"
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
18.4.2007 -

6. **07-V-51-0026** DL 25/07-8, 24/07-3 ANLAGE

Kinder in den Mittelpunkt - Zwischenbericht Mai 2007

7. **07-V-51-0017**

Umsetzung des SGB II in Wiesbaden auf dem Prüfstand; Beschluss des Ausschusses für
Soziales Nr. 0033 vom 28.02.2007

ANLAGE: Bericht des Magistrats vom 28.06.2007

8. **07-F-25-0060**

Rund- und Wanderwege für Senioren und behinderte Menschen
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP -

ANLAGE: Bericht des Magistrats vom 13.07.2007

Überweisungsbeschlüsse der Stadtverordnetenversammlung:

9. **07-F-06-0031** ANLAGE

Bestand an Sozialwohnungsbauten erhalten bzw. ausweiten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 13.06.2007 -

10. **07-F-01-0054** ANLAGE

Umsetzung Sozialbericht Bildungsbeteiligung
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.04.2007 -

11. **07-F-01-0075** ANLAGE

Nachmittagsbetreuung an Grundschulen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.06.2007 -

Anträge:

12. 07-F-06-0034

Rückzahlung von Überzahlungen an das Amt für Soziales
-Antrag der Fraktion Linke Liste-

Der Sozialausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass in Zukunft Überzahlungen bei Leistungen nach SGB II ausgeschlossen werden können.
2. den Empfänger/innen das zu viel gezahlte Geld vorerst zu belassen und eine spätere Rückzahlung, bei Beendigung von Bezug von Leistungen nach SGB II, zu ermöglichen.

13. 07-F-25-0082

Hartz IV Beirat
-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.08.2007-

Der Ausschuss möge beschließen:

Da sich die Stadt Wiesbaden im Zug der Einführung von Hartz IV entschieden hat Optionskommune zu werden, steht ihr ein breites Instrumentarium zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung. Unter anderem wurde im Januar 2006 der Beirat „Aktive lokale Beschäftigungsförderung -Umsetzung SGB II“ gegründet.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- Wann, wie oft und in welcher Zusammensetzung sich der Beirat im Jahr 2006 getroffen hat
- Welche Themenbereiche jeweils und mit welchem Ergebnis beraten wurden und wie die Ergebnisse umgesetzt wurden.

Der Magistrat wird weiterhin gebeten darzulegen, wie die Arbeit des Beirats verbessert werden kann, damit alle lokalen Akteure aus dem Bereich Qualifizierung und Arbeitsvermittlung einbezogen und die Schnittmengen ihrer Arbeitsaufgaben zielgerichteter und aufeinander abgestimmt werden können.

14. 07-F-06-0033

Einführung eines Sozialpasses
-Antrag der Fraktion Linken Liste vom 13.08.2007-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und mit welchem Kostenaufwand die Einführung eines Sozialpasses für einkommensschwache Haushalte in Wiesbaden realisiert werden kann.

Dabei sollen folgende Vorgaben beachtet werden:

Das Angebot richtet sich ausschließlich an Personen mit erstem Wohnsitz in Wiesbaden. Der Berechtigungsnachweis kann vereinfachend über die Rundfunkgebührenbefreiung geführt werden. Die Berechtigung gilt jeweils ein Jahr ab Ausstellung.

Der Sozialpass könnte z.B. zur Inanspruchnahme folgender Leistungen berechtigen:

- Kostenloser Eintritt in Wiesbadener Schwimmbäder und anderen Freizeitanlagen (z.B. Rettbergsau, Henkell-Kunsteisbahn u.ä.)
- Kostenloser Eintritt in das kommunale Kino
- Kostenlose Nutzung der Stadtbücherei
- Ermäßigung für kulturelle Veranstaltungen (Theater, Maifestspiele) in Anlehnung an die bereits bestehenden Vergünstigungen für Studierende, Schüler/innen und Rentner/innen.
- Ermäßigung für Kurse der Wiesbadener Volkshochschule (vhs) und der Wiesbadener Musikschule

Weiterhin ist zu prüfen, wie eine kostenfreie Beförderung (ÖPNV) zu den ermäßigten Angeboten ermöglicht werden kann.

15. 07-F-01-0082

Persönliches Budget für Menschen mit Behinderung / "Budget-Tour 2007"
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 28.08.2007-

Vorbemerkung:

Ab 2008 haben alle Menschen mit Behinderung einen Rechtsanspruch auf ein so genanntes persönliches Budget. Dieses Budget soll die betroffenen Personen in die Lage versetzen, Dienstleistungen nach eigenem Ermessen und eigener Einschätzung einzukaufen. Die Menschen können damit selbst entscheiden, wo, wann und von wem sie Leistungen in Anspruch nehmen. Dabei fungiert ein Leistungsträger (mit dem Zielvereinbarungen abgeschlossen werden) als zentraler Ansprechpartner, gleich wie viele Dienstleister ansonsten noch beauftragt werden.

Mit dem persönlichen Budget soll erreicht werden, dass Menschen mit Behinderung mehr Selbstständigkeit, mehr Selbstbestimmung und damit auch mehr Selbstbewusstsein erhalten. So soll die gleichberechtigte Teilhabe am alltäglichen Leben in der Gesellschaft erleichtert und die Lebensqualität gesteigert werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

- Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, ob auch in Wiesbaden zentrale Informationsveranstaltungen der Behindertenbeauftragten der Bundesregierung zum persönlichen Budget geplant sind und ob er sich ggf. daran zu beteiligen gedenkt.
- Der Magistrat wird in jedem Fall gebeten, gemeinsam mit dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen und der Interessensgemeinschaft Behinderter für ein Konzept zur Bewerbung und möglichst raschen Umsetzung des „Persönlichen Budgets“ in Wiesbaden zu sorgen.

16. 07-F-01-0083

Ferienprogramm der Landeshauptstadt Wiesbaden
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 28.08.2007-

Nachdem dank des neuen Reservierungsverfahrens (Telefon) die Kartenausgabe offenbar reibungslos ablief, die vom Sozialausschuss geforderte und vom zuständigen Dezernat umgesetzte Optimierung also binnen kürzester Zeit erfolgreich Wirkung gezeigt hat, sollte auch über das Ferienprogramm an sich Bilanz gezogen werden. Schließlich gehört dieses Programm zu den nachgefragtesten und beliebtesten Angeboten der Landeshauptstadt Wiesbaden. Es handelt sich um Angebote für Kinder fast aller Altersgruppen und Kinder von Eltern aller Einkommensstufen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine Auswertung des Ferienprogramms vorzulegen. In dieser Auswertung sollten folgende Fragen beantwortet werden:

- Wie viele Kinder haben in den Sommerferien an den Angeboten des Ferienprogramms teilgenommen? Wie viele Stunden wurden sie betreut?
- Wurde mit Unternehmen bzw. anderen Institutionen zusammengearbeitet und ist geplant, diese Zusammenarbeit auszubauen?
- Welche Angebote waren besonders nachgefragt und welche weniger?
- Welche Teilnehmerzahlen (stärkere oder geringere Nachfrage) werden für die kommenden Jahre prognostiziert?
- Welche Angebote sollen ausgeweitet bzw. reduziert werden? Ist hierfür eine Erhöhung der städtischen Mittel notwendig?

17. 07-F-25-0083

Kooperation der Bildungs- bzw. Jugendeinrichtungen in einem Stadtviertel
-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
23.08.2007-

Vorbemerkung:

Eine Zusammenarbeit aller Bildungs- bzw. Jugendeinrichtungen in einem Stadtviertel – von der Kita über die Schule und den Sportverein bis zum Jugendzentrum oder der ehrenamtlichen Hausaufgabenhilfe – kann die Bildungsqualität insgesamt erhöhen.

Die Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule funktioniert vielerorts bereits gut, sie ist im hessischen Erziehungsplan als Ziel festgelegt und wird auch in Wiesbaden sukzessiv umgesetzt. Die beiden Pilot - „Tandems“ zwischen Kitas und Grundschulen in Biebrich und Klarenthal haben sich bewährt und sollen auf andere Einrichtungen ausgeweitet werden. Hierzu wurde bereits im Juni die Sitzungsvorlage „Bildung lokaler Netzwerke Kita-Grundschule 07-V-51-0027“ beschlossen.

Wünschenswert ist eine zusätzliche Vernetzung mit weiteren Bildungs- bzw. Jugendeinrichtungen im Stadtviertel: So könnten beispielsweise Sportvereine sich in die Nachmittagsbetreuung an Schulen einbringen oder Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer könnten ihre Erfahrungen austauschen. Weitere Kooperationen und Synergieeffekte könnten sich ergeben.

Da es bereits vielerorts Stadtteilkonferenzen gibt - AKTIS (Aktiv im Stadtteil) - ist ein langjähriges Projekt des Sozialamtes, wäre dies ein Ansatzpunkt für die Vernetzung.

Da es bereits funktionierende lebendige Strukturen in diesem Bereich der Kinder- und Jugendbildung gibt, möge der Ausschuss für Soziales beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

- ob und wie das Thema Bildung und Vernetzung von Bildungsträgern in den Stadtteilkonferenzen verankert ist.

- inwiefern eine Zusammenarbeit der Bildungs- bzw. Jugendeinrichtungen in Stadtvierteln bereits stattfindet.
- wie diese Vernetzung gegebenenfalls optimiert werden könnte.

18. 07-F-25-0084

Verkauf von kommunalen Wohnungen der Stadt Mainz in AKK
-Gemeinsamer Antrag der fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom
29.08.2007-

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, über den Stand der Gespräche bzw. Verhandlungen mit der Stadt Mainz bzw. der Mainzer Wohnbau zu berichten.
2. Welche Aktivitäten sind von Seiten des Magistrats ausgegangen, um den Wohnungsbestand, den die Stadt Mainz zu veräußern beabsichtigt, in kommunaler Hand zu halten?

19. 07-A-02-0012

Namenschilder für Mandatsträger/innen in den Ausschusssitzungen

20. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 07-V-11-5014

DL 32/07-4

Wegfall der bisher durch den LWV-Hessen für die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen gewährten Lohnkostenzuschüsse

2. 07-V-20-0042

DL 32/07-11

Investitionscontrolling 1. Halbjahr 2007

3. 07-V-51-0021

Krippenoffensive, Mehrkosten für den Umbau der Kita der Ev. Christophorusgemeinde

- | | | |
|-----------|--|----------------------------|
| 4. | 07-V-51-0027 | DL 29/07-5, 24/07-4 |
| | Bildung lokaler Netzwerke Kita - Grundschule | |
| 5. | 07-V-51-0040 | DL 31/07-4 |
| | Schaffung zusätzlicher Krippengruppen im Rahmen der Krippenoffensive | |
| 6. | 07-V-69-0004 | DL 31/07-6 |
| | Wohnungsbauprogramm 2006 Ausführungsvorlage | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers
Vorsitzender